

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 7.— RM. Einzelhefte 1.20 RM. Zusätzlich Belegblätter. Einzelnummern 20 Pf. Für Postbestellungen und Abbestellungen von Jahrgängen und Einzelheften wenden Sie sich an den Verleger. Der Preis der Abbestellungen ist einschließlich der Postgebühren. Die Abbestellungen sind ohne Rücksicht auf die Zahlung der Steuern zu tätigen. Die Abbestellungen sind ohne Rücksicht auf die Zahlung der Steuern zu tätigen.



Verleger: Wilsdruffer Tageblatt, Dresden. Druck: Wilsdruffer Druckerei, Dresden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die 1. Spalte 14 Zeilen, die 2. Spalte 12 Zeilen, die 3. Spalte 10 Zeilen, die 4. Spalte 8 Zeilen. Die 1. Spalte 14 Zeilen, die 2. Spalte 12 Zeilen, die 3. Spalte 10 Zeilen, die 4. Spalte 8 Zeilen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 8 — 93. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 10. Januar 1934

Der Rettungsweg der Landwirtschaft

Selbstverständlich hat jede Wirtschaftskrise nicht etwa eine einzige, sondern eine Anzahl von Ursachen, und diese Zahl der Gründe vervielfacht sich noch, wenn es sich dabei um die erste große Weltwirtschaftskrise handelt wie jetzt. Aber trotz der weitgehenden Industrialisierung dieser Welt ist es mehr als nur ein inkonstantes Gefühl, wenn sich der Kampf gegen die Krise nun auch in den „Industrie-Ländern“ zunächst einmal gerade und vor allem auf eine Sanierung der Landwirtschaft richtet, weil man eben auch weiß, daß die Agrarproduktion und -verteilung einer der entscheidenden Ausgangspunkte dieser Krise gewesen ist. Gewiß nur einer dieser Ausgangspunkte, aber doch ein solcher von besonderer Wichtigkeit!

Am Ende des Jahres, in dem auch in Deutschland nach vorhergehenden langen, aber mit vielfach untauglichen Mitteln geführten Kampf gegen die Agrarkrise die radikale und entscheidende Umstellung der gesamten Agrarpolitik erfolgte, darf als Ergebnis dieses Ringens die offizielle Feststellung bezeichnet werden: „Die Lage und die Produktionsbedingungen der deutschen Landwirtschaft haben sich im Laufe des Jahres 1933 entscheidend gebessert; die Aussichten sind an der Jahreswende durchaus günstig.“ Und dieses Urteil konnte ausgesprochen werden, obwohl erst am der Jahreswende 1932/33 die Preisverhältnisse der einzelnen Agrarprodukte zueinander derart verwirrt waren, daß die Selbstversorgungsmöglichkeiten mit diesen Erzeugnissen völlig erschöpft, z. B. sogar schon durch Übererzeugung völlig überschritten waren. Einet Nebenbedingung in Getreidehandelsverträgen waren. Einet Nebenbedingung in Getreidehandelsverträgen waren. Einet Nebenbedingung in Getreidehandelsverträgen waren.

Wenn die Verkaufserlöse für Vieh und tierische Produkte aller Art in der Zeit von 1928/29 bis 1932/33 schätzungsweise von 6,4 Milliarden auf 3,9 Milliarden Mark, die für Feldfrüchte von 3,8 Milliarden auf 2,6 Milliarden Mark zurückgingen — hier also um rund 30, dort aber um über 40 Prozent —, so ist dabei vor allem nicht zu vergessen, daß die deutsche Landwirtschaft in der Zeit von 1924—1933 ihre Getreideerzeugung mengenmäßig um 25 Prozent gesteigert hat; beim Weizen war dieses Mehr noch bedeutend größer, so daß es im letzten Wirtschaftsjahr gelang, den Weizenbedarf des deutschen Volkes zum allerersten Male voll zu decken und damit den Bedarf an Brotgetreide überhaupt.

Gewiß hat auch das Jahr 1932/33 eine Notwendigkeit aufgewiesen, — aber was wäre aus ihrer Verwertung, die der Bauer für den Schein und die Sorgen seiner Jahresarbeit erwarten konnte, denn nun wirklich geworden, wenn nicht die nationalsozialistische Agrarpolitik energisch eingegriffen und im Reichs-Nährstandsgesetz durch die Einführung der Mindestpreise den Getreidemarkt vor neuen Erschütterungen bewahrt hätte! Aber — und dadurch unterbreitet sich dieser Schritt vom 13. September 1933 wesentlich von all den agrarpolitischen Bemühungen der anderen Länder — die eigentlichen Gründe dafür waren solche Natur-, bevölkerungs- und rasenpolitische Natur und die allmählich herbeizuführende Sanierung der Landwirtschaft ist nur Mittel zum Zweck, ist allerdings auch gleichzeitig in den Dienst der Aufgabe gestellt, den Ernährungsbedarf des deutschen Volkes aus einheimischer Erzeugung zu decken. Und schon durch die Ernte 1932/33 konnten 90 Prozent aller Nahrungsmittel im Inlande erzeugt werden gegen 87 Prozent im Vorjahre. Wenn man freilich die der Nahrung dienenden nicht lebensnotwendigen Agrarprodukte hinzurechnet, dann sinkt diese Verhältniszahl auf 80 Prozent; die Differenz wird durch den Lebensmittelimport bereinigt.

Aber die durch Absatzmangel und Preisrückgang erzielte Steigerung der Verkaufserlöse, auch die Gesundung der Preisverhältnisse zwischen den einzelnen Agrarprodukten hätte nicht genügt, die Arbeit des deutschen Bauern wieder rentabel zu machen oder sie doch wenigstens diesem Ziel entgegenzuführen, wenn nicht die nationalsozialistische Agrarpolitik energisch die Kostenlast der landwirtschaftlichen Erzeugung angepaßt hätte. Die Ermäßigung der Steuerlastenfestsetzung der Umsatzsteuer einheitlich auf ein Prozent, starke Senkung der Grundsteuer, Erleichterung bei preussischen Erbschaftsteuern, Herausnahme der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer aus der Arbeitslosenversicherung usw. — wurde ergänzt durch die Abbildung der Zinslast, die im Jahre 1930/31 auf rund eine Milliarde schätzte, bei sinkenden Gesamtverkaufserlösen immer schwerer werden mußte. Durch die Maßnahmen der neuen Regierung gelang es, sie etwa zu halbieren. Nun ist man aber auch daran gegangen, die etwa ein Bil-

Ein Hauptdokument der Saar-Regierungskommission

Die Antwort auf die Beschwerde der Deutschen Front.

Auf die Beschwerde der Deutschen Front über die Politik der Regierungskommission des Saargebietes hat diese jetzt in eingehenden Ausführungen geantwortet. In dieser Antwort versucht die Saarregierung ihr Verhalten durch den Hinweis zu rechtfertigen, daß die Zahl der von Nationalsozialisten begangenen „Terrorakte“ im letzten Vierteljahr zugenommen habe, und daß der Saargebiet täglich Klagen aus den verschiedensten Teilen der Bevölkerung unterbreitet würden. Es gebe nicht an, die Verantwortung für diese Ausschreitungen folgen, unverantwortlichen Elementen zuzuschreiben. Die Antwort drückt dann das außerordentliche Bedauern der Regierungskommission aus, daß die Herren Ködler und Lwader die seit 14 Jahren eng mit dem politischen Leben des Saargebietes verbunden seien, die Eingabe der Deutschen Front mit unterzeichnet und ihre Parteien kürzlich nach langem Zögern der NSDAP. unterstellt hätten.

Die Regierungskommission befaßt sich dann mit der Frage der Versammlungsverbote und betont, daß geschlossene Versammlungen grundsätzlich erlaubt seien. Wegen zahlreicher Zwischenfälle jedoch seien nicht nur die geschlossenen nationalsozialistischen, sondern auch die kommunistischen Versammlungen, also für beide „extreme Parteien“, verboten worden. Die NSDAP. aber, behauptet es in der Antwort weiter, versuche die Verbote zu umgehen, indem sie unter der Bezeichnung „Elternabende“, „Heimatabende“ usw. Versammlungen veranstalte, in deren Verlauf einflussreiche Mitglieder der Partei das Wort ergriffen hätten, um über politische Ereignisse zu sprechen. Zum Schluß wird betont, daß die Regierung keine Bestimmungen der Notverordnungen zu bereinigen oder abzuschwächen brauche, zu deren Erlaß sie vor einigen Wochen gezwungen worden sei. Schließlich wird in der Denkschrift noch festgestellt, daß sie die Zustimmung sämtlicher Mitglieder der Saarkommission gefunden habe; nur das saarländische Mitglied habe seinen abweichenden Standpunkt beibehalten.

Dieser Bericht der Regierungskommission an den Völkerrundrat ist getragen von ausgesprochenem Haß gegen die nationalsozialistische Bewegung, was nicht zu verwundern ist, wenn man weiß, daß der in der Regierungskommission beschäftigte, in Deutschland seit einiger Zeit strafrechtlich verfolgte frühere Oberregierungsrat Rißler an der Abfassung des Berichts maßgeblich beteiligt ist. Das allein kennzeichnet die Tendenz und auch die Dokumente, auf die sich die Denkschrift stützt. Die Unterlagen, einseitig zusammengestellt, sind kürzlich von einem anderen ebenfalls von der Regierungskommission angefertigten Emigranten namens Lehnert in seiner Eigenschaft als Polizeikommissar in Neusskirchen sicher gestellt worden. Obwohl diese Dokumente erst jetzt bekannt geworden sind, versucht die Regierungskommission, mit ihnen nachträglich ihre feinerzeitigen Verordnungen zu rechtfertigen. Unverhohlen geht aus jedem Wort der Denkschrift die Verärgerung darüber hervor, daß das bewusste Deutschland an der Saar sich gemäß der Neuordnung der Dinge in Deutschland ohne Unterschied der Partei mit dem Nationalsozialismus in der Deutschen Front zusammgefunden hat. Der Versuch der Denkschrift, trotz dieser Einigung die Führer der früheren Parteien gegen den Nationalsozialismus auszuspielen, zeigt am besten, wie wenig Sinn die Regierungskommission für die geistige und vaterländische Einigung im Reich und an der Saar bringt. Allein der Umstand, daß die Regierungskommission bei ihren Maßregeln Nationalsozialismus und Kommunismus als „extreme Parteien“ einander gleichstellt, genügt als Zeugnis für die subjektive Einstellung der Regierungskommission. Sie glaubt, die Förderung der Beziehungen des Saardeutschtums zu dem Reich als gesetzwidrige Maßnahmen einer politischen Partei brandmarken zu können, die sich auf ihre „auswärtigen Beziehungen“ beruft. Auch das ist ein Zeichen für die mangelnde Objektivität der Saarregierung, denn laut Saarkonstat ist die Saarregierung als Treuhänder einer Bevölkerung eingesetzt, die auch heute nicht ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat.

Das deutsche Volk an der Saar wird trotz dieser Provokation durch eine ihm aufzubringende landstrennde Regierungskommission sich in seiner besonnenen Haltung nicht irren machen lassen.

Harden Mark betragende Kreditverschuldung der Landwirtschaft um- und abzubauen, was zu einer weiteren Milderung des Schuld- und Zinsdrucks führen wird. Das Jahr 1933 hat die ersten Schritte auf das Ziel hin tun lassen, das deutsche Bauern wieder zur eigentlichen Grundlage des deutschen Volkes zu machen. Jetzt geht der Marsch beschleunigt weiter!

„Das Saargebiet deutsches Land.“

Eine französische Stimme der Vernunft. Während die „große“ französische Presse sich von interessierten Franzosen, mehr noch von Emigranten, zu einem Feldzug gegen die Rückgabe des Saargebietes bestimmen läßt, mehren sich täglich die Stimmen vernünftiger Franzosen,

die sich der Gefahr dieses Treibens wohl bewußt sind. Es handelt sich dabei keineswegs um Vozifisten oder um eifässliche Autonomisten, sondern um 100prozentige Franzosen und Frontkämpfer. Ein Leitartikel der Wochenzeitung „Le Cri de Lyon“ behandelt mit bemerkenswerter Offenheit die wirkliche Lage an der Saar. Wir müssen es diesem ehrlichen Franzosen hoch anrechnen, wenn er z. B. wörtlich sagt:

Das Saargebiet ist unbestreitbar deutsches Land; seine Bewohner sind immer noch Deutsche; nachden unsere Literatur uns seit Jahrzehnten die Treue der Elsaßer für Frankreich gerühmt hat, müssen wir vor der Vaterlandsliebe der Saarländer die gleiche Achtung haben. Fünfzehn Jahre Fremdherrschaft haben diese Liebe nur immer stärker gemacht. Vielleicht wird man uns darum für schlechte Franzosen halten, aber wir können nicht eine Sache fördern, die ein großes Fehl zu werden droht. Wir alten Frontkämpfer dürfen wohl noch den Mund aufmachen, damit hier nicht ein unübersteigbares Hindernis für die deutsch-französische Verständigung aufgerichtet wird, das nur dem englischen Geschäftspatriotismus dient.

Politische Brunnenvergifter am Werk.

Märchen über Deutschland und die Kleine Entente. Die Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“ veröffentlichte kürzlich einen Artikel des geschäftstüchtigen amerikanischen Journalisten Hubert Knickerbocker, in dem davon die Rede ist, daß Deutschland „sich verschiedenen Mitgliedern der Kleinen Entente, und zwar jedem für sich, mit verlockenden Angeboten genähert habe, damit sie zum deutschen Block übergehen möchten“. Hubert Knickerbocker bemerkt in dem betreffenden Aufsatz weiterhin, daß die Wiener Presse Mitteilungen veröffentlicht habe, „denen zufolge Hitler Südbastawien das österreichische Kärnten angeboten hätte für den Fall, daß Südbastawien bereit sei, die Forderung auf Vereinigung der beiden deutschen Staaten, also den Anschlußgedanken, zu unterstützen“.

Hierzu wird amtlich erklärt, daß die Behauptung, Deutschland habe der Kleinen Entente, und zwar jedem der Mitglieder einzeln, irgendwelche Angebote gemacht, in das Reich der Fabel gehört. Die Behauptung, ein ähnliches Angebot sei Südbastawien seitens des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. unterbreitet worden, wurde bereits von diesem in entscheidendster Weise dementiert. Bei den genannten Nachrichten handelt es sich um

typische Fälle politischer Brunnenvergiftung, die nur darauf abzielt, die augenblicklichen Gegensätze zwischen Deutschland und Österreich zu verschärfen. Man darf gespannt sein, wie lange sich noch die Öffentlichkeit des Auslandes eine derartige Gerüchtmacherei eines der größten Blätter widerspruchslos gefallen läßt.

Keine Beschäftigung mit Reichsreformplänen!

Der Stabsleiter der PD., Dr. Led., gibt folgendes bekannt: In der letzten Zeit laufen Meinungen ein, daß Parteigenossen, auch in führender Stellung, sich öffentlich in Wort und Schrift mit der zukünftigen Reichsreform beschäftigen. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, hat mich gebeten, mitzuteilen, daß jedem Parteigenossen in Zukunft bei freier Strafe untersagt ist, sich in Wort und Schrift öffentlich mit Fragen der Reichsreform zu befassen.

Reichstagsbrandstifter von der Lubbe hingerichtet

Leipzig. Die durch das Urteil des Staatssenats des Reichsgerichts vom 23. Dezember 1933 gegen den Maurer Marinus von der Lubbe aus Leiden (Holland) erkannte Todesstrafe ist, da der Herr Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, heute morgen 8 Uhr in einem Hofe des Landgerichtsgebäudes zu Leipzig mittels Galgbeils vollstreckt worden.

Tagespruch.

Wenn es dir übel geht, Nimm es für gut nur immer! Wenn du es übel nimmst, So geht es dir noch schlimmer. Und wenn der Freund dich kränkt, Verzeih's ihm und versteh: Es ist ihm selbst nicht wohl. Sonst ist er dir nicht weh. Friedrich Rückert.

Rettet die deutsche Familie!

Von den sechs Millionen bedürftiger Volksgenossen, die durch das Winterhilfswert betroffen werden, sind mindestens zwei Drittel Familienoberhäupter. Wenn man für jede Familie auch nur zwei Kinder anrechnet, so hat das Winterhilfswert für mindestens acht Millionen Kinder zu sorgen. Für diese acht Millionen Kinder muß der Bestand der Familie gesichert werden. Jedes Kind, das ohne den Namen der Familie aufwächst, ist gefährdet. Es genügt aber nicht, daß die Kinder gegen Hunger und Kälte geschützt werden, es muß dafür gesorgt werden, daß ihre Moral nicht gefährdet wird. Die Beschaffung von Betten für kinderreiche Familien ist eine der wichtigsten Aufgaben des Winterhilfswertes.

Wenn die Achtung vor der Moral zerfällt, dann verschwindet auch die Achtung vor der Mutter und vor der Frau, gleichzeitig wird die Achtung vor der Autorität der Eltern und des Staates untergraben. Wir müssen alle mithelfen, um durch immer weitere Opfer die deutsche Familie vor dem Zerfall zu bewahren und das Familienleben wieder zu festigen.

Eine Verordnung Dr. Leys.

Der Stabsleiter der P.O., Dr. Robert Ley, hat folgende Verordnung erlassen: Ich mache hiermit entsprechend dem Willen des Führers erneut allen Gauleitern zur Pflicht, die Neubildung von angeblich ständischen Organisationen, sowie Verlautbarungen schriftlicher oder mündlicher Art über ständischen Aufbau zu verhindern. Die Vorbereitung des ständischen Aufbaus ist ausschließlich Sache des Amtes für ständischen Aufbau der NSDAP, dessen Verlautbarungen allein von Bedeutung sind. Gefesselt verankert und parteilich anerkannt sind nur Reichsnährstand und Reichskulturkammer.

Rätselhaftes Verschwinden eines Hauptbelastungszeugen.

Die Bayerische Politische Polizei teilt mit: Die Kreisleitung der NSDAP, Freising, Dr. Rößler, hat am 7. d. M. Anzeige gegen den Seminarlehrer des einzigen bayerischen Ordinariums Freising, Dr. Rößler, wegen Grenzpropaganda, die eine Verurteilung des Dr. Rößler zu acht Monaten Gefängnis zur Folge hatte. Der Seminarpräsident Hartl, als Zeuge geladen, sagte in diesem Prozeß unter Eid aus und wurde Hauptbelastungszeuge gegen Rößler. Daraus ergab eine pflichtgemäß angeordnete Postüberwachung eine Anzahl anonymen Karten und Schmähbriefe, die alle dieselbe Tendenz zeigten, entweder Hartl Selbstmord zu treiben oder ihm den gewaltsamen Tod anzudrohen. Der mit der Behandlung dieses Falles beauftragte Beamte stellte jetzt im Seminar Freising fest, daß Hartl nach Angabe des befragten stellvertretenden Direktors nicht mehr anwesend wäre und sein Aufenthaltsort nicht bekannt sei. — Die schärfste polizeiliche Nachforschung ist angeordnet.

Präseft Hartl in Schutzhast.

Der Hauptbelastungszeuge im Prozeß gegen den Seminarlehrer Rößler, Präseft Hartl, der nach der Verurteilung Rößlers am 5. Januar wegen Grenzpropaganda verschwunden war, ist nach umfangreichen Ermittlungen von der Polizei gefangen worden. Präseft Hartl befand sich in derartig zerrüttetem Nerven- und Gemütszustand, daß eine Vernehmung noch nicht möglich war. Er wurde zu seiner persönlichen Sicherheit in Schutzhast genommen, in der er jede Bequemlichkeit genießt und in seiner Bewegungsfreiheit nur so weit eingeschränkt ist, als die Sorge für die Sicherheit seiner Person vor Anschlägen auf Leben und Gesundheit erfordert.

Die Deutsche Evangelische Kirche und ihre Landgemeinden.

In diesen Tagen hat der Deutsche Dorfkirchenverband durch seinen Reichsführer, den ostpreussischen Pastoren- und Siedlungspastor Richard Valul, den Eintritt in das Deutsche evangelische Männerwerk vollzogen. Der Dorfkirchenverband wird seine Aufgabe, die im Bauerntum immer wieder neu ausbrechenden Kräfte deutschen Volkswillens in der Kirche mit der Volkshilfe des Evangeliums zu durchdringen und Wege zu echter Standes- und Dorfgemeinschaft zu bahnen, in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Evangelischen Kirche weiterverfolgen.

Der Bayonner Skandal wächst weiter.

Das Testament Stawitschys.

Die Nachricht vom Tode Stawitschys bildet das Tagesgespräch in Chamoni. In der Villa, in der Stawitsch sich das Leben nahm, wurde ein verschlossener Umschlag mit der Aufschrift gefunden: „Meiner geliebten Frau zu überreichen“. Man nimmt an, daß dieser Umschlag das Testament des Betrügers enthält und daß er darin außerdem von seinem Entschluß Mitteilung macht, sich das Leben zu nehmen. Der Briefumschlag wurde zu den Akten gegeben. — Der Spitzenverband der französischen Leihhäuser erklärt, daß das Leihhaus in Bayonne als einziges dem Verband nicht angehört.

Das Leihhaus in Orleans gehörte dem Verband früher an, wurde aber 1931 ausgeschlossen. Diese Mitteilung ist mit der Tatsache in Verbindung zu bringen, daß Stawitsch seine ersten Finanzierungsversuche mit Leihhausausgaben gerade in Orleans gemacht hat. Der Bürgermeister von Orleans erklärte, daß die Geschäftsführung des Leihhauses von Orleans „jetzt ordnungsgemäß und gesund“ sei.

Chautemps will durchgreifen.

Reformpläne für Justiz und Polizei. Der französische Ministerpräsident Chautemps will beschleunigt eine Reihe von Gesetzentwürfen zur Verbesserung der Gerichtsbarkeit einbringen. Das Parlament wird neue Schutzmaßnahmen für die Sparrer zu verabschieden haben, die durch die Betrügereien Stawitschys und seiner Helfershelfer Hunderte von Sparmissionen verloren haben. Auch das Gerichtsverfahren soll einer eingehenden Reform unterzogen werden, damit die andauernde Vertagung von Prozessen vermieden wird. Schließlich soll die Leitung der Polizei in ganz Frankreich künftig in der Hand des Direktors der allgemeinen Sicherheitspolizei zentralisiert werden.



Ministerrücktritt wegen des Stawitschys-Skandals. Der französische Kolonialminister Dalimier hat seinen Rücktritt erklären müssen, da er mit in den Millionenstand des Betrügers Stawitschys verwickelt ist.

Der Bayonner Skandal beschäftigt die Kammerfraktionen.

Die verschiedenen Kammerfraktionen haben sich vor dem Wiederzusammentritt des Hauses zu Fraktionsversammlungen versammelt. Vor allem wurde die Bayonner Skandalangelegenheit beraten. Alle Gruppen stimmten dem energischen Durchgreifen der Regierung und der Gerichtsbehörden zu und forderten, daß die Schuldigen ohne Unterschied ihrer Stellung im öffentlichen Leben zur Rechenschaft gezogen werden. Die Sitzung der radikalsozialistischen Fraktion, an der außer dem Ministerpräsidenten fast alle radikalsozialistischen Minister unter dem Vorsitz des Präsidenten der Partei, Herriot, teilnahmen, gestaltete sich besonders bewegt, da zwei Fraktionsmitglieder in mehr oder weniger enger Verbindung zu Stawitschys gefunden haben. Es handelt sich um die beiden Abgeordneten Bonnaure und André Hesse, die beide in ihrer Eigenschaft als Rechtsanwälte für Stawitschys tätig waren. Die Fraktion hat Maßnahmen beschloffen, um die beschuldigten Mitglieder vor den Disziplinar-ausschuss zu zitieren bzw. den gesetzgebenden Ausschuss der Partei mit der Prüfung dieser Fälle zu beauftragen.

Der Bayonner Skandal wächst weiter.

Schwere Beschuldigungen gegen Chautemps' Privatsekretär. Die nationalistische „Liberté“ greift im Zusammenhang mit dem Bayonner Finanzskandal den Privatsekretär des französischen Ministerpräsidenten scharf an. Das Blatt schreibt: „Im Innenministerium, in der nächsten Umgebung des Ministerpräsidenten, finden wir eigentümliche Helfershelfer, die geeignet waren, den Erfolg des letzten Unternehmens Stawitschys zu erleichtern, das unter dem Namen „autonome Klasse für große internationale Arbeiten“ bekannt ist. Wir finden unter den Verwaltungsratsmitgliedern dieser Klasse den Privatsekretär des Ministerpräsidenten, André Dubois, dessen Tätigkeit sich nicht nur auf seinen Sitz im Aufsichtsrat beschränkte. Wir sind in der Lage, behaupten zu können, daß Dubois kürzlich an alle Landräte ein Schreiben mit seiner Unterschrift sandte und sie aufforderte, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Genossenschaften die Anleihen der autonomen Klasse zeichnen mögen. Dieses Rundschreiben war auf Briefpapier mit dem Stempelspruch des Innenministeriums geschrieben. Man erzählt, daß Dubois als Verwaltungsratsmitglied ein jährliches Einkommen von 90 000 Franken hatte. Außerdem hat er in einem Schreiben an den damaligen Landrat des Departements Eure et Loire, Jouve, einen wenige Tage später verhafteten Schwindler, empfohlen.“ Das Blatt schließt mit der Frage: „Kannte der Ministerpräsident den Verwaltungsratsposten seines Privatsekretärs, und war er über die verschiedenen Schriftstücke unterrichtet?“

Advertisement for 'Die Schöne Rosmarie' by Josef von Wolfgang Mark. Includes text: 'ROMAN VON JOSEF VON WOLFGANG MARKEN' and 'UNTERSCHREIBUNG DURCH VIELLE OZIAN MEISTER, WERDEN'.

(7. Fortsetzung.) Dann wandern sie zusammen am See entlang. Es ist ein schöner, sonniger Tag, der alle heiter stimmt. Am Abend bringt das Postauto die muntere Gesellschaft ins Wannseehotel, wo Frau von Wetter ein gemeinsames Abendessen bestellt hat. Es gibt heute sogar Wein; einen leichten, aber ausgezeichneten Rheinwein. Die Mädchen stoßen begeistert auf das Geburtstagskind an. Es herrscht eine glänzende Stimmung. Plötzlich bemerkt Harry Scholz, daß Rosmarie verschwunden ist. Das beunruhigt ihn. Unauffällig zieht er sich, nachdem er Frau von Wetter von Rosmaries Fehlen unterrichtet hat, zurück. Der Portier meldet ihm, daß eine junge Dame, wahrscheinlich die Gesandte, sich zum Bootsteg begeben habe. Der Lehrer läuft, von dunklen Ahnungen erfüllt, nach dem Anlegerplatz. Dort erfährt er, daß sich Rosmarie ein Segelboot gemietet hat. Er sieht auch, wie weitab vom Ufer ein Boot, von sicherer Hand geführt, über den See zieht. Harry nimmt gleichfalls einen Segler und steuert auf Rosmaries Boot zu. Der Wind ist ungünstig, er muß mehrmals kreuzen, ehe er in ihre Nähe kommt. Sie scheint ihn zu bemerken, macht aber Anstalt, sich noch weiter zu entfernen. Plötzlich schlägt ihr Boot um. Harry schreit auf. Mit einem süßen Sprung stürzt er sich in die Flut und arbeitet sich mit aller Kraft an die Anlaufsstelle heran.

Wenige Meter vor sich sieht er Rosmarie treiben. Mit ein paar mächtigen Stößen ist er bei ihr und packt die Ohnmächtige. Dann strebt er mit ihr dem Lande zu. Aber man ist am Strand schon aufmerksam geworden. Ein Motorboot faßt heran. Man zieht Rosmarie ins Boot, Scholz folgt. In großer Eile geht es ans Land. Dem Arzt wird durch die helle Strenge Signal gegeben. Frau von Wetter steht am Landungssteg. Sie ist halb ohnmächtig vor Schrecken. „Lebt sie?“ ist ihre erste bange Frage. „Ja! Und keine Sorge, Frau von Wetter! Ein kaltes Bad, weiter nichts. Ein paar Tage Bettruhe, dann ist alles wieder gut!“ Auch der Arzt, der eben eintrifft, stellt dasselbe fest und bemüht sich um die Ohnmächtige. Rosmarie öffnet nach einer Weile die Augen, die von Angst überstrahlt sind. „Das Boot...“ stöhnt sie, „...schlug um!“ „Ja, ja, mein kleines Fräulein, so'n Segelboot ist keine Badewanne“, meint der Arzt gutmütig. Man bringt Rosmarie in die Sanitätsstube. Dort befreit man sie von den nassen Sachen und füllt die Zitternde in warme Decken, währenddessen Fräulein von Wessel sich von der Frau des Hoteliers einige Kleidungsstücke für Rosmarie erbittet. Aus dem Bootshaus hat man Harry einen Strandanzug gebracht. Er kleidet sich rasch um. Als er fertig ist und zu Frau von Wetter tritt, die blaß in einem Stuhl sitzt und sich nur langsam von dem gebannten Schrecken erholen kann, sagt er ermunternd: „Seien Sie beruhigt, gnädige Frau, Fräulein von Ratt wird in Zukunft etwas vorsichtiger sein. Doch wird sie wahrscheinlich so mobil, wie wir alle sind, mit uns heimfahren können.“ Seine sichere Art bleibt nicht ohne Einfluß auf Frau von Wetter, sie atmet wieder auf. „Sie haben das Mädchen gerettet, Herr Scholz!“ sagt sie dankbar. „Gerettet?“ lacht Harry. „Was denn noch? Hier ertrinkt man nicht so leicht. Das Motorboot hätte Fräulein von Ratt ganz bestimmt herausgeholt. Machen Sie ja keine Heldentat daraus. Sonst kommt's in die Zeitung und ich krieg' ne Rettungsmedaille, das fehlt gerade noch. Nehmen wir das Ganze als ein lustiges Intermezzo.“ Das tut man auch gern. Rosmarie befindet sich nach einer Stunde wieder bei den Freundinnen. Sie ist aber recht still und wagt nicht dem Lehrer in die Augen zu schauen. Bald geht es heim.

Am Abend des nächsten Tages begibt sich Harry Scholz nach dem Hotel „Astor“, wo Herr von Edlenka ständig ein Zimmer bewohnt. Der Baron ist nicht anwesend. Harry fährt, vom Portier unterrichtet, nach der Bar „Wolfsperle“ in der Friedrichstadt. Auch dort ist Edlenka nicht zu finden. Also sucht er ihn im Tanzklub „Fratze“. Trifft ihn hier und beobachtet, wie er gerade einer häßlichen, aber um so verliebteren Ausländerin zwischen dreißig und vierzig Jahren den Hof macht. Scholz läßt ihn durch den Diener zu einer Aussprache ins Rauchzimmer bitten. Edlenka kommt. Er ist ein hübscher Mann mit einem fener interessanten Gesicht, auf das Frauen so leicht hereinfallen. Geleitet ist er nach der neuesten Mode, sehr vornehm mit viel Schick. Man stellt sich vor. „Sie wünschen mich zu sprechen, Herr Scholz?“ „Ich habe Ihnen ein paar Beisen von Fräulein von Ratt zu überbringen!“ Edlenka wird unsicher. Er nimmt den unverschlossenen Brief in Empfang und liest ihn. Sein Gesicht wird dabei bleich, er beißt sich auf die Lippen. Dann aber lächelt er niederträchtig. „Wohla... aus!“ Harry bleibt ganz ruhig, er hat keine andere Antwort von diesem Menschen erwartet. „Ich möchte dann noch in Auftrage von Fräulein von Ratt um Auslieferung der Briefe bitten.“ Edlenka lächelt wieder. (Fortf. folgt.)

